

## ■ Pflanzenschutz-Streit spitzt sich zu

Die EU-Mitgliedstaaten bestehen offenbar auf eine weitere Folgenabschätzung zur geplanten Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR-Verordnung). Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft bereitet aktuell eine entsprechende Entschließung der Mitgliedstaaten vor.

In der Vorlage fordern die Mitgliedstaaten eine „Studie, die die existierenden Folgenabschätzungen komplettieren soll“. Vor allem die Effekte auf die Lebensmittelversorgung der geplanten Reduktionen und Verbote beim Pflanzenschutz müssten genauer beleuchtet werden, heißt es im aktuellen Entwurf.

Erhält die Vorlage eine Mehrheit durch die EU-Mitgliedstaaten, würde das vor allem die großen Vorbehalte zeigen, die viele Mitgliedstaaten gegenüber den EU-Plänen zur Pflanzenschutzreduktion haben.

Fast unisono beklagen EU-Politiker jedoch grobe handwerkliche Fehler, die die EU-Kommission in ihrem Aufschlag zum Pflanzenschutz gemacht habe.

Noch hat das Papier keine Mehrheit. Eine finale Abstimmung soll am 19. Dezember folgen.

Kritik am Vorgehen der Mitgliedstaaten kommt von Sarah Wiener. Die EU-Grüne verantwortet die Position des Europaparlamentes zu den Pflanzenschutzplänen. Sie betrachtet das als „ein Manöver, um eine Verabschiedung des Gesetzes über die aktuelle Legislaturperiode hinauszuzögern“.

Wie brisant das Thema Pflanzenschutz in Brüssel ist, erkennt man auch an widersprüchlichen Aussagen aus der EU-Kommission selbst. Der EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski begrüßte am Rande einer Konferenz am Donnerstag vergangener Woche in Brüssel den Ruf nach einer neuen Folgenabschätzung.

Das darf man als Seitenhieb auf die Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides, Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius und den Kommissionsvize Frans Timmermans werten. Kyriakides erteilte einer neuen Folgenabschätzung erst kürzlich eine Absage.

## ■ Verfahren gegen Landwirt eingestellt

Ein Landwirt aus dem Kreis Paderborn musste sich am Montag vergangener Woche vor dem Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück verantworten. Die Staatsanwaltschaft warf dem 42-Jährigen vor, im Sommer 2020 eine ordnungsgemäß angemeldete Versammlung grob gestört zu haben. Damit habe er sich nach § 21 des Versammlungsgesetzes strafbar gemacht.

Die besagte Demonstration war am 22. Juli 2020 vor dem Tönnies-Werk in Rheda-Wiedenbrück. Laut Berichten demonstrierten Mitglieder des Deutschen Tierschutzbüros e. V. für mehr Tierschutz. An dieser Demo wollten rund 40 Landwirte aus OWL, darunter der angeklagte Landwirt, teilnehmen. Allerdings habe das der Vorsitzende des Tierschutzbüros nicht zugelassen. Daraufhin organisierten sich die Landwirte in unmittelbarer Nähe dieser Demonstration, um u. a. auf den Stau in den Schweineställen und Probleme für die Tierhalter aufmerksam zu machen. Dadurch hätten sich die Tierrechtsaktivisten gestört gefühlt.

Im Verfahren vor dem Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück galt es zu klären, inwiefern die Vorwürfe gegen den Landwirt stichhaltig waren. „Für einen Verstoß gegen § 21 des Versammlungsgesetzes muss dem Angeklagten nachgewiesen werden, dass er eine Versammlung sprengen oder sonst wie vereiteln wollte, und dass er selbst hierzu gewalttätig geworden ist oder eine andere grobe Störung verursacht hat“, erklärt Christian Friehoff, Direktor des Amtsgerichts, und weiter: Die Beweisaufnahme habe gezeigt, dass eine solche Schwere der Störung durch den Angeklagten zweifelhaft war. Zudem falle eine Demonstration für oder gegen ein bestimmtes Thema unter die Versammlungsfreiheit, sofern bestimmte Grenzen nicht überschritten werden.

Das zweistündige Verfahren wurde nach § 153 Strafprozessordnung wegen Geringfügigkeit zulasten der Staatskasse eingestellt. Ein solche Einstellung setzt voraus, dass Staatsanwaltschaft und Angeklagter zustimmen.

## ■ Neue Staatssekretärin für Özdemir

Die Bundestagsabgeordnete Claudia Müller wird zum 1. Januar 2023 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium. Die 41-Jährige kommt aus Rostock, hat zwei Kinder und gehört seit 2011 dem Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern an. Die Wahl überrascht, weil Müller bisher wenige politische Berührungspunkte mit der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum hatte, abgesehen von Tourismus oder maritimen Fragen. Die Nachbesetzung ist nötig, weil Staatssekretärin Dr. Manuela



Foto: BMEL

Claudia Müller

Rottmann auf eigenen Wunsch ausscheidet. Sie will Oberbürgermeisterin von Frankfurt werden.

## ■ Uckelmann führt Landesverband

Der Landesverband der Wasser- und Bodenverbände Westfalen-Lippe hat einen neuen Vorstand gewählt. Dieser besteht aus je einem Vertreter der Mitgliedsverbände aus jedem Kreis bzw. jeder kreisfreien Stadt. Gewählt wurden: Karl-Ludwig Meyer zu Stieghorst, Stadt Bielefeld; Bernhard Freiherr von Weichs, Kreis Höxter; Harald Vetter, Kreis Lippe; Josef Beringmeier, Kreis Paderborn; Joachim Weike, Kreis Minden-Lübbecke; Hubert Hüging, Kreis Borken; Michael Uckelmann, Kreis Coesfeld; Karl-Josef Stertmann, Stadt Münster; Rudolf Askemper, Kreis Recklinghausen; Heiner Giesbert, Kreis Steinfurt; Norbert Groll, Kreis Warendorf; Ludger Belmann, Kreis Soest; Heinrich Schulze-Witten, Kreis Unna; Claus-Dieter Hamann, Märkischer Kreis.

In seiner konstituierenden Sitzung unter der Leitung des amtierenden Vorsitzenden Johann Prümers hat der Vorstand auch einen neuen Vorsitzenden und seinen Stellvertreter gewählt. Einstimmig zum neuen Vorsit-

zenden wurden Michael Uckelmann und zu seinem Stellvertreter Joachim Weike gewählt. Uckelmann ist Mitglied im Wasser- und Bodenverband Sandbach und unter anderem auch Vizepräsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes. Er bedankte sich bei seinem Vorgänger Prümers und seinem Stellvertreter Meyer zu Stieghorst für die „hervorragende Arbeit in den vergangenen fünf Jahren“. Der Landesverband der Wasser- und Bodenverbände Westfalen-Lippe hat sich 2018 gegründet. Er ist ein Zusammenschluss der Wasser- und Bodenverbände in Westfalen-Lippe mit 118 Mitgliedsverbänden. Er vertritt als Förderverband die Interessen seiner Mitglieder und ist tätig zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft und Land- sowie Forstwirtschaft. Der Landesverband unterstützt bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Geschäftsführer ist Thomas Hemmelgarn.



Foto: WLW

Von links: Karl-Ludwig Meyer zu Stieghorst, Johann Prümers, der neue Vorsitzende Michael Uckelmann und sein Stellvertreter Joachim Weike